Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,400.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 100. Mittwoch den 9. April 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Gewölbe-Vermiethung.

Das bisher an Herrn Lederhändler **Meltzer** vermiethet gewesene **Gewölbe Nr. 5 in der Georgenhalle** (Brühlseite) soll **sofort oder später** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit **vermiethet** werden.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes eingesehen werden

Leipzig, den 5. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stiß.

Wohnungs-Vermiethung.

Im 4. Stockwerk des Seitengebäudes des der Stadtgemeinde gehörigen Hausgrundstücks **Reichsstraße Nr. 50** ist eine aus **1 Stube, 2 Kammern** und sonstigem Zubehör bestehende **Wohnung sofort oder später** gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu **vermiethen.**

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, entgegengenommen, auch können ebendaselbst die Vermiethungsbedingungen und das Inventarium der zu vermiethenden Wohnung eingesehen werden.

Leipzig, den 5. April 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stiß.

Städtische Gewerbeschule.

Die Prüfung der Schüler soll
Dienstag, den 8., und Mittwoch, den 9. April a. c.,
Vormittags von 9—12 Uhr
im Schullokal vorgenommen werden.
Es beehrt sich hierdurch ergebenst einzuladen
Leipzig, den 4. April 1884.

Das Lehrer-Collegium.

Höhere Schule für Mädchen.

Montag den 21. April 9 Uhr
Nachprüfung und Aufnahmeprüfung für auswärtige Schülerinnen.
Dr. W. Röldeke.

Erledigt

hat sich die von uns unterm 22. Januar dieses Jahres erlassene, die aus dem Georgenhaus weggeliehene Linon Anzuüge Becker geb. Meusie betr. Reclamé aus Nöthen betreffende Bekanntmachung.

Leipzig, am 5. April 1884.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Beerschneider. E.

Waarenbörse zur Leipziger Oster-Messe.

Mit der bevorstehenden Oster-Messe soll wiederum eine Waarenbörse verbunden werden, und zwar wird dieselbe
den 21., 22. und 23. April dieses Jahres
Nachmittags von 4 bis 5 Uhr
in den Räumen der Börsenhalle, Brühl 17, welche zu diesem Behufe jedesmal von 3 Uhr an den geehrten Meßfremden gegen Einzeichnung ihres Namens unentgeltlich geöffnet sein wird, unter Theilnahme von Mitgliedern der unterzeichneten Handelskammer abgehalten werden.

Leipzig, den 8. April 1884.

Die Handelskammer.
A. Thieme,
stellv. Vorsitzender. Dr. Geutel, S.

Logis-Vermiethung.

In dem Universitätsgrundstücke, Ritterstraße Nr. 12, ist in der 3. Etage ein Logis, bestehend aus **2 Stuben, 2 Kammern und Küche,** nebst Boden- und Kellerraum, vom 1. Juli dss. J. an auf drei Jahre meistbietend, jedoch unter Vorbehalt der Auswahl unter den Bietenden, anderweit zu vermiethen.

Reflectanten werden ersucht,
Mittwoch, den 16. April dss. Js.,
Vormittag 11 Uhr,
im Universitäts-Rentamte, wo auch die Licitationsbedingungen zur Einsicht ausliegen, zu erscheinen und ihre Gebote abzugeben.

Leipzig, am 7. April 1884. **Universitäts-Rentamt.**
Graf.

Bekanntmachung,
Pflasterarbeiten betreffend.

Die **Poststraße** von der Grünen Eiche bis zum Ende des Weber'schen Hauses und die **Querstraße** sollen mit bossirten Sorbaer Platte 2b gepflastert und die hierzu erforderlichen Arbeiten bez. einschließlich der Materialanlieferung an den Mindestfordernden, jedoch mit Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden.

Anschlagsformulare und Ausführungsbedingungen sind gegen Erlag der Copialgebühren im Gemeindeamt Zimmer Nr. 4 zu entnehmen und die Offerten versiegelt und mit der Aufschrift „Pflasterarbeit" bis zum **15. April 1884, Mittags 12 Uhr** ebendaselbst einzureichen.

Lindenau, am 1. April 1884.

Der Gemeinderath.
Lueck.

Nichtamtlicher Theil.

Die Gefahren des Orleanismus.

* Die Erfolge, welche Ferry's Politik in Tonkin errungen hat, scheinen den französischen Cabinetschef auch nach anderer Richtung immer kühner zu machen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß er sich gegenwärtig zu einem neuen Feldzuge vorbereitet, welcher diesmal den Orleanisten gilt, deren wachsender Einfluß im Lande für den Fortbestand der dritten Republik stets drohender wird. Zumal im südlichen Theile Frankreichs, wo die extremen Gegensätze: Legitimisten und Radicale aufeinanderplatzen, scheinen die Vorbereitungen der Monarchisten zu einer entscheidenden Kundgebung gegen die Republik ziemlich weit vorgeschritten zu sein; ein orleanistisches Wahlcomité in Toulouse hat jüngst ganz offen die monarchische Fahne geschwenkt und durch ein heftiges Rundschreiben alle Conservativen zur nachdrücklichen Bekämpfung der Republik aufgefordert. Die Nachwahlen für die Kammer beweisen thatsächlich die Erfolge der Orleanisten, weshalb es völlig begreiflich ist, daß die republikanischen, zumal die gambettistischen Blätter vom Spotte über das Königthum zu Drohungen gegen die Prätendenten und ihre Anhänger übergegangen sind. Was die Regierung betrifft, so scheint ihr die Agitation im Lande selbst weniger Sorge zu machen, als die Thatsache, daß die für die Republik im Laufe der letzten Jahre gewonnenen parlamentarischen Elemente von jener wieder abgefallen und in das Lager der Prinzen übergegangen sind. Man nennt hervorragende Mitglieder des linken Centrums, welche sich offen als politische Freunde des Grafen von Paris bekennen und bei diesem, unbekümmert um die Denunciationen der republikanischen Blätter, aus- und eingehen. Daß der Graf in den parlamentarischen Kreisen seinen Anhang zu vermehren sucht, hat kürzlich die Verwechselung der Zustellung eines Einladungsschreibens zu Tage gebracht, ein Fall, den die republikanischen Organe sofort sehr ernst nahmen. Da nun die Dinge sich immer verdächtiger und gefährlicher gestalten, so scheint Herr Ferry zu dem Entschlusse gelangt zu sein, vorläufig gegen die orleanistische Agitation einen großen Trumpf auszuspielen.

Vielleicht lassen sich gegen die Monarchisten gleichzeitig zwei Schläge führen. Die Ausweisung der Prinzen von Orleans scheint eine „würdige" republikanische Verfeier für die Mitte dieses Monats angekündigte Enthüllung des Gambetta-Denkmals in Cahors zu sein. Es soll eine republikanische Kundgebung großen Stils im Süden Frankreichs veranstaltet werden, die als nachdrücklicher Protest gegen den dortigen Royalismus zu gelten hätte. Es könnte also die vielleicht mangelhafte republikanische Stimmung nur fördern, wenn zuvor die Polizei der Republik die Kronprätendenten über die Grenze Frankreichs werfen würde. Die posthume Verehrung der Franzosen für Gambetta ist im Allgemeinen nicht groß und zumeist nur auf den Kreis des persönlichen Anhangs des ehemaligen Dictators beschränkt, lauter Leute, die aus mancherlei Gründen sich verpflichtet glauben, ihre Verehrung des „großen Todten" noch zur Schau tragen zu müssen. Ueberhaupt bekümmern sich die Franzosen um ihre verstorbenen Größen nicht viel. Wer denkt beispielsweise noch an Thiers? Auch ein Radicaler, der seiner Zeit doch eine große Rolle gespielt, Lebru-Rollin, ist vollständig der Vergessenheit verfallen. Selbst im Pariser Stadtrathe ist vor einigen Tagen von einem Rothen behauptet worden, Robespierre sei im Grunde kein richtiger Republikaner, sondern eher ein verkappter Monarchist gewesen, weil er die Hebertisten guillotinirt und dadurch die Pariser Commune zerstört habe, die allein Frankreich hätte retten können. Durch Robespierre's schlechten Republikanismus, schließt der rothe Pariser Gemeinderathsredner, sei Bonaparte erst möglich geworden. Sogar für Jean Jacques Rousseau lehnte der Gemeinderath ein Denkmal ab, weil er der geistige Vorläufer Robespierre's gewesen sei. Was soll man da viel Begeisterung für Gambetta erwarten, der, in den Augen der Radicalen, sein unleugbares Genie vor Allem für sein persönliches Interesse verwendete, das er identisch mit dem Frankreichs erklärte?

Das scheinen immerhin Gründe, welche die Regierung der Republik bestimmen können, den bedenklich gesunkenen Sympathien für Gambetta etwas aufzuhelfen. Durch einen großen gegen die Orleanisten geführten Schlag gewänne die Regierung gerade jene extremen Radicalen, die Gambetta auf Leben und Tod bekämpft haben; noch wichtiger für den Minister-Präsidenten wäre aber der Umstand, daß er durch ein solches Vorgehen die Radicalen der Kammer wieder versöhnen könnte, die er gelegentlich der Berathung der Interpellation über die Verfassungs-Revision bekämpfen mußte. Clémenceau, Floquet, Mariet und Genossen sehen ihren zweifelhaften Nimbus den Volksmassen gegenüber immer mehr schwinden, ja sogar Rochefort ist schon mehr ein Gegenstand des Spottes als der radicalen Verehrung geworden. Die Socialisten und Anarchisten, aus denen die Pariser „Arbeiter-Armeen" bestehen, wollen von keinerlei Art Bourgeois etwas wissen und ein solcher ist ihnen Jedermann, der nicht eine schmierige Bluse trägt oder mit schwieliger Faust den berüchtigten Satz: „La propriété c'est le vol" zu demonstriren vermag.

Es ist eine reine Verzweiflungspolitik der radicalen Führer, auf einem Gewaltstreich gegen die Orleans zu drängen, um sich als Retter der angeblich bedrohten Republik wichtig zu machen, für welche man in der Arbeiterclasse noch immer einige Sympathien vermuthet. Herr Ferry scheint gern bereit, den radicalen Tendenzen entgegen zu kommen; er geht da sogar so weit, daß er der äußersten Linken die Initiative zu einem Antrage gegen die Prätendenten überläßt und sich bereit erklärt, den Willen der Kammer auszuführen. Die Republik würde freilich durch Gewaltmaßnahmen gegen die Orleanisten keine Stimmen im Lande mehr gewinnen, als ihr bei den Neuwahlen in Aussicht stehen, aber das scheint Herrn Ferry völlig nebensächlich. Er will einmal, koste es, was es wolle, einen großen Trumpf gegen die Prinzen und ihren wachsenden Anhang ausspielen, weil er seines Sieges sicher zu sein glaubt.

Diese illusorische Siegesgewißheit, in der Politik wie im Kriege, war von jeher ein nationaler Hauptfehler der Franzosen, der ihnen wiederholt sehr empfindliche Niederlagen bereitet hat. Diese scheinen an Herrn Ferry auch spurlos vorübergegangen zu sein, denn sonst würde er sich in ein so gewagtes Vorgehen, wie das erwähnte, kaum einlassen. Was die Erbitterung der Monarchisten beträfe, welche durch Gewaltmaßregeln gegen die Prinzen herausgefordert würde, so erklären jene die republikanischen Organe schon gegenwärtig als ganz ungefährlich. Nun, die Zeit wird es ja lehren, ob diese Anschauung der Republikaner die richtige war.

Leipzig, 9. April 1884.

* Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Das Unwohlsein des Kaisers hält diesmal weit länger an, als es sonst bei den Erkältungen Seiner Majestät der Fall zu sein pflegt. Nachdem der Kaiser eine Reihe von Tagen völlig im Bett zugebracht hat, ist es ihm seit vorgestern möglich, täglich von 1 Uhr ab außerhalb des Bettes zu bleiben. Man hofft, daß der hohe Herr zu Ostern wieder in der Lage sein wird, das Zimmer zu verlassen. Indessen darf doch nicht verschwiegen werden, daß Seine Majestät durch die diesmalige Krankheit, zumal der Kaiser sich der strengsten Diät unterwerfen muß, sich überhaupt mehr als vordem geschwächt fühlt. Hoffentlich wird der Eintritt der wärmeren Jahreszeit es Seiner Majestät ermöglichen, möglichst frühzeitig die Reise nach Wiesbaden anzutreten und sich dort die völlige Wiederherstellung seiner Gesundheit zu holen."

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt zur Parteilage: „In conservativen Blättern wird von der nationalliberalen Partei immer aufs Neue ein „offenes Bekenntniß" gefordert. Was darunter eigentlich verstanden wird, ist schwer zu sagen. Es begreift sich, daß man auf conservativer sowohl wie auf anderen Seiten gespannt darauf war, welche Wirkung die Verschmelzung von Secession und Fortschritt auf die Nationalliberalen ausüben würde. Nachdem indeß jetzt unzweifelhaft feststeht, daß die Haltung der letzteren durch den Vorgang überhaupt nicht berührt worden ist, könnte jene Neugierde nachgerade befriedigt sein. Wir wenigstens wissen nicht, wie die nationalliberale Partei auf die an sie gestellten Anfragen bündiger antworten könnte, als mit der Versicherung, daß ihr Standpunct völlig unverändert sei. Aber es scheint, als ob man von ihr eine ausdrückliche Kriegserklärung an die „deutschfreisinnige" Partei erwarte. Das Verhältniß der Nationalliberalen zu der neuen liberalen Partei kann sich nicht auf Grund eines behuberen vieldeutigen theoretischen Programms, wie es die letztere erlassen, feststellen. Alles kommt auf die Haltung in der Praxis an; wir warten das praktische Auftreten der „Freisinnigen" sowohl im Reichstag als bei den Wahlen ab. Das ist keine „Zweideutigkeit", wie man wohl sagen hört, das ist einfach unbefangene legale Politik. Ersprießlicher als der Gedanke einer ausdrücklichen „Antifortschrittspartei" scheint uns das Streben nach einer parlamentarischen Coalition zu positivem Schaffen. Auch in dieser Beziehung klagt man über den Mangel eines offenen Bekenntnisses seitens der Nationalliberalen. Fast sollte man meinen, die, welche so reden, gingen am hellen Tage mit Laternen einher. Wenn man hört, wie die Heidelberger Erklärung der süddeutschen Nationalliberalen fast wie eine Ueberraschung, wie eine lange vergebens erwartete Lüftung des Schleiers commentirt wird, so erscheint wirklich selbst die sprichwörtlich gewordene Gedächtnißschwäche unseres heutigen Geschlechts nicht ausreichend, um ein solches Urtheil begreiflich zu machen. Jenes Schriftstück enthält dem Sinne nach nichts, was nicht in der Erklärung der gesammten nationalliberalen Partei vom 29. Mai 1881 und anderen ähnlichen Kundgebungen bereits gesagt wäre. Man braucht sich also in der That nur an die ganze Tradition der nationalliberalen Partei zu halten, um über ihre Stellung im Klaren zu sein. In einem der Reichs-Regierung nahestehenden Blatte ist jüngst die Aufgabe einer positiv wirkenden Coalition dahin bezeichnet worden: „Aufrechthaltung der bestehenden verfassungsmäßigen Stellung der Krone und des Parlaments, wie ein entschiedenes Eintreten für die Reform der socialen und wirthschaftlichen Zustände". Wir sehen nicht, wie man überhaupt daran zweifeln kann, daß der Standpunct der nationalliberalen Partei sich in diesen allgemeinen Rahmen — Einzelheiten natürlich vorbehalten — recht wohl einfügen läßt. Dagegen haben gewisse Vorkommnisse der letzten Jahre an der Absicht der Regierung und der Conservativen, die bestehende verfassungsmäßige Stellung des Parlaments unverkürzt aufrecht zu erhalten, berechtigte Zweifel aufkommen lassen. Nicht minder haben die Conservativen auf gewissen Gebieten der Socialpolitik Arm in Arm mit dem Centrum nicht eine „Reform", sondern eine vollständige Reaction, oder, wenn man das lieber hört, Revolution geplant. Es scheint uns daher naturgemäß, den Spieß umzukehren und zunächst von der Regierung und den Conservativen ein „offenes Bekenntniß" zu verlangen, ob sie die eben erwähnten Tendenzen aufgegeben haben."

* Ueber die Entwickelung der deutschen Socialdemokratie schreibt die „Kölnische Zeitung": Als die Socialdemokraten vor einem Jahre (29. März bis 1. April) ihre Versammlung in Kopenhagen abhielten, beschlossen sie einstimmig, „daß der Congreß weder an die ethischen Abstracta, noch an die Fähigkeit der herrschenden Classen glaube, sondern der Ueberzeugung sei, daß die „sogenannte" Socialreform nur als taktisches Mittel benutzt werden solle, um die Arbeiter vom wahren Wege abzulenken". Schon früher hatten sie aus ihrem Programm an jener Stelle, worin sie erklären, ihr Ziel mit allen gesetzlichen Mitteln zu erstreben, das Wort „gesetzlichen" gestrichen, und jetzt erklärten sie in der Vorrede zum Congreßprotokoll: „Wir sind eine revolutionaire Partei, unser Ziel ist ein revolutionaires und wir geben uns über seine Durchführung auf parlamentarischem Wege keinen Illusionen hin." Und in Nr. 25 ihres Blattes „Socialdemokrat" vom 14. Juni 1883: „Ist doch die Socialreform, falls sie nicht ein elender Humbug ist, in Ziel und Wesen identisch mit der Socialrevolution, deren gesetzliche Sanctionirung und Durchführung sie bedeutet".

Man sieht, die Socialdemokraten, oder wie sie sich jetzt lieber nennen, die socialistische Arbeiterpartei, hat der ganzen jetzt bestehenden bürgerlichen Gesellschaft den Krieg erklärt, und die Gefahr ist wahrlich groß genug, um sich mit allen Mitteln, welche die Gesetzgebung zuläßt, dagegen zu vertheidigen. Wir haben als genug die Gründe auseinandergesetzt, weshalb es thöricht wäre, wenn der Reichstag die von der Regierung geforderte Verlängerung des Socialistengesetzes auf zwei Jahre verweigern wollte, und wie man uns aus Berlin schreibt, hat die Ueberzeugung, daß das Centrum trotz alles Wüthens und Schmähens zuletzt für das Socialistengesetz stimmen werde, wieder die Oberhand gewonnen. Die Führer des Centrums sprechen sich vertraulich sehr besorgt aus über die schlimmen Folgen, welche die Verwerfung des Socialistengesetzes nach sich ziehen werde. Die Regierung würde dann den Reichstag auflösen, wie sie denn schon jetzt die Vorbereitung der Neuwahlen angeordnet hat. Wenn der neugewählte Reichstag den Wünschen der Regierung nicht entsprechen sollte, so sei zu fürchten, daß die Regierung die Gelegenheit benutzen werde, um im Namen der öffentlichen Sicherheit und der persönlichen Sicherheit des Kaisers selbst das Wahlgesetz zu verändern, an welchem die Ultramontanen wegen des Einflusses der Geistlichkeit auf die Masse der Bevölkerung mit ganzer Seele hängen. Kurz, es ist nach allen Anzeichen wohl anzunehmen, daß die große Mehrheit des Centrums im letzten Augenblick für das Socialistengesetz stimmen werde.

Nehmen wir also an, das Socialistengesetz werde auf zwei Jahre verlängert, so ist dadurch eine Frist gewonnen, um die öffentliche Ordnung auf der Straße und in den Versammlungen aufrecht zu erhalten, um die Organisation der socialistischen Partei durch Unterdrückung ihrer Presse und die Ausweisung ihrer gefährlichsten Führer zu hindern, und endlich nicht am wenigsten durch die Gesetzgebung zum Wohle der Arbeiter den gesunden Kern in den Forderungen der Socialdemokraten zu befriedigen. Aber die Regierung selbst giebt sich der Hoffnung hin, binnen zwei Jahren schon die sozialistischen Arbeiter für sich zu gewinnen und sie zu bewegen, nicht auf die Revolution, sondern auf die Reform ihre Hoffnung zu setzen. Die Fortschritte der Socialdemokratie in Deutschland sind groß genug, die ganze Wachsamkeit der Regierung und des Reichstages hervorzurufen. Bei den Reichstagswahlen von 1871 zählten sie in Berlin nur 2058 Stimmen, 1874 11.279, 1877 31,522 und 1878 gar 56,147! Im Ganzen betrug die Zahl der socialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen im Jahe 1871: 101,927, 1874 351,670, 1877 493,447 und 1878 437,158, und wurden dem entsprechend 1, 9, 12 und 9 Abgeordnete gewählt.

Es bleibt nichts Anderes übrig, als der Gefahr muthig ins Auge zu sehen. Bei dem Communistenaufstand in Paris von 1871, der von den deutschen Socialdemokraten verherrlicht wird, haben wir mit Schauder erfahren, wohin es führt, wenn die Revolutionspartei auch nur einen Augenblick die Oberhand gewinnt. Der Feind ist in unserer Mitte, aber wie wenig ist er noch im Ganzen gekannt! Und doch ist es bei jedem Kriege vor Allem wichtig, den Feind, seine Stärke, seine Hilfsmittel und seine Pläne genau zu kennen. Wir haben zwar eine ganze socialdemokratische Literatur, aber die meisten Werke sind zu theoretisch und zu weitschichtig für das große Publicum. Soeben ist aber ein Buch erschienen, welches, auf gewissenhaften, langjährigen Studien beruhend, die Entwickelung der deutschen Socialdemokratie in ruhiger Objectivität schlicht und einfach erzählt: Die rothe Internationale. Von Dr. Zacher, Regierungs-Assessor. (Berlin, W. Herz.) Der Verfasser beschränkt sich nicht auf Deutschland, sondern beschäftigt sich auch mit den socialistischen Verbindungen aller übrigen Länder, die jetzt, seit in Frankreich die Regierung energisch eingeschritten, in Deutschland ihr Hauptquartier und ihr Vorbild erblicken. Ist doch der Vater der ganzen Bewegung, Karl Marx (1818—1883), ein Deutscher gewesen. Sein communistisches Manifest, in alle Sprachen übersetzt, ist noch heute die Grundlage des internationalen Socialismus. Schon dort heißt es: „Die Communisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung." Die Production des Einzelnen soll aufhören und durch die gemeinschaftliche Production ersetzt werden. Sein bedeutendster Nachfolger, Ferdinand Lassalle (1825—1864), hoffte auf friedlicherem Wege zum Ziele zu kommen, indem er zunächst das allgemeine Stimmrecht verlangte und dann Productivgenossenschaften unter Beihülfe des Staates. Bald nach seinem Tode wurde in London die Internationale gestiftet, die von gesetzlichen Wegen nichts wissen will. Die beiden Richtungen konnten sich in Eisenach (1869) nicht vereinigen, dies gelang erst 1875 in Gotha, und seitdem hat die gewaltsame Richtung gesiegt. Die Einzelheiten der Entwickelung und die bisherigen Ergebnisse des Socialistengesetzes von 1878 möge man in dem Zacher'schen Buche nachlesen. Er selbst drängt seine Meinungen nicht auf, faßt sie aber dahin zusammen, daß weder der Socialismus, noch der Individualismus auf die Spitze getrieben werden dürfen, daß der Staat vermittelnd einschreiten und thätige Beihülfe leisten müsse, bis dahin aber, wo die Früchte seiner socialen Bemühungen gereift sein werden, repressive Maßregeln nicht zu entbehren sind.

* Am Ostermontag findet in Neustadt a. d. H. ein Parteitag der nationalen und liberalen Landesparteien in Süd- und Südwestdeutschland statt. Die einleitende Rede wird Herr Oberbürgermeister Dr. Miquel aus Frankfurt a. M. halten.

* Der mehrerwähnte Antrag Bremens, betreffend den Anschluß an das deutsche Zollgebiet, hat nach der „National-Zeitung" folgenden Wortlaut:

„Nachdem die Verhandlungen über den Anschluß Hamburgs an das Zollgebiet zu einer Verständigung geführt hatten, welche erkennen ließ, daß es unter den vereinbarten Modalitäten möglich werde, das Zollinteresse des Reichs sicher zu stellen, ohne dem internationalen Handels- und Schiffahrtsverkehr, insbesondere dem transatlantischen, das zu seiner Entwickelung unentbehrliche Maß freier Bewegung zu entziehen, hat der Senat der freien Hansestadt Bremen nicht gesäumt, den Anschluß Bremens an das Zollgebiet in ernstliche Erwägung zu nehmen. Die zu diesem Ende angestellten Ermittelungen haben zu der Ueberzeugung geführt, daß sich ein Ausgleich der in Frage stehenden Interessen auch für Bremen werde finden lassen. Indem daher der Senat seinen Anhand nimmt, seine Bereitwilligkeit, den Zollanschluß Bremens herbeizuführen, dem Bundesrath kundzugeben, läßt er sich von dem Vertrauen leiten, daß der Bundesrath geneigt sein werde, für den Eintritt Bremens in das Zollgebiet dieselben Erleichterungen zu gewähren, welche die für das Gedeihen Bremens ebenso nothwendige, als für die Interessen des Reichs gewiß wünschenswerthe Aufrechterhaltung der Stellung Bremens im Welthandel und deren fortschreitende Entwickelung unumgänglich erheischen. Um hierüber eine Verständigung anzubahnen und den Senat in die Lage zu setzen, den in der Reichsverfassung vorgesehenen Antrag auf Aufnahme Bremens in das Zollgebiet stellen, auch zu diesem Antrage die vorher erforderliche Zustimmung der Bremischen Bürgerschaft erwirken zu können, dürfte es sich empfehlen, den behufs Vorbereitung des Zollanschlusses von Lübeck seinerzeit eingeschlagenen Weg zu betreten und demgemäß dem Senat gemäßt die Gelegenheit zu geben, die Bedürfnisse und Wünsche Bremens bezüglich der Modalitäten des Zollanschlusses in commissarischen Erörterungen darzulegen und zu begründen.

Indem der Senat daher den der Reichsverfassung entsprechenden formellen Antrag auf Einbeziehung Bremens in das Zollgebiet sich vorbehält, gestattet er sich den Antrag: Der Bundesrath wolle in Vorbereitung des Anschlusses der freien Hansestadt Bremen an das Zollgebiet zu der oben gedachten Verständigung und Verhandlung geeignete Einleitung treffen."

* Die französischen Umsturzparteien haben augenscheinlich alle Hoffnung aufgegeben, dem Ministerium Ferry unter normalen Zeitverhältnissen den Garaus machen zu können. Es müssen mithin anomale Verhältnisse geschaffen werden — und dazu soll ihnen der bevorstehende Verfassungsrevisions-Feldzug die Hand bieten. Man kann sich daher ungefähr denken, wie fieberhaft von gewissen Elementen gewühlt wird, um die politischen Leidenschaften der Masse aufzuregen. In Korsika erklären es die Sendboten des Intransigententhums Jedem, der es hören will, daß ihnen so gut wie den Bonapartisten „die Berufung an das Volk" am höchsten stehe, und daß alle Parteiunterschiede zwischen ihnen und den Bonapartisten im Vergleich zu dieser Hauptfrage ganz untergeordneter Natur seien. Und wie dort, so ist auch in allen übrigen Provinzen der gemeinsame Haß der Extreme gegen die bestehende republikanische Regierungsform das einigende Band. Das Ministerium und die ihm ergebene Majorität der Deputirtenkammer wissen daher sehr gut, was sie thun, wenn sie den Schwerpunkt der Revision in die Einführung des Listenscrutiniums legen. Letzterer Wahlmodus führt der Regierungs-Autorität unter allen Umständen einen Machtzuwachs zu, auf welchen zu verzichten die Republik, Angesichts der sie rings bedrauenden Gefahren, gar nicht in der Lage ist. Mit der Waffe der Listenwahl in der Hand kann die Regierung ihrer parlamentarischen Action diejenige Kraft und Stetigkeit verleihen, welche ihr jetzt nur zu sehr mangelt und sie zu Maßnahmen nöthigt, die ihrem Ansehen vor dem Lande nicht förderlich sind.

* Ueber das Treiben der Anarchisten in New-York wird von dort unterm 4. d. gemeldet: „Es wird sehr wenig Zweifel darüber gehegt, daß die jüngsten anarchistischen Verbrechen in Oesterreich auf die New-Yorker Socialisten zurückzuführen sind. Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Explosion in der Polizeistation in Frankfurt am Main durch die Ausgabe von 17 Dollars, die dorthin gesandt worden, bewerkstelligt wurde. Die in Wien gestohlenen Bonds sind auf dem Rückwege, da der Versuch, dieselben hier anzubringen, mißlang. Johann Most ist angeblich der Anstifter der jüngsten Ausschreitungen. Die Zerstörung des Andreas-Monumentes gegen Ende Februar 1882 war eine Art von versuchsweiser Ausschreitung seitens des einzigen Communisten, der zur Zeit Sprengstoffe zu fabriciren verstand.

SLUB
Wir führen Wissen.